

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Meissen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Verleger: Amt Wilsdruff Nr. 8

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 212

Sonnabend den 13. September 1919

78. Jahrg.

Ämtlicher Teil.

Grumbach und Reffelsdorf.

Wegen dringender Reparaturen in der Zentrale Lauchhammer darf in der Zeit vom Freitag den 12. d. M. 10 Uhr abends bis Dienstag den 16. d. M. 6 Uhr früh nichts gefahren werden. Kraftabnahme ist nur für die Wasserversorgung mittags von 12 bis 1 Uhr gestattet.

Grumbach u. Reffelsdorf, am 12. Sept. 1919. Die Gemeindevorstände.

An Stelle des bisherigen Vertrauensmannes, Gutsbesitzer Richter in Dösig, ist für die Gemeinden Dösig, Stadten, Proßig b. L., Jbanitz, Oberstauscha mit Rittergut Niederstauscha, Wilschwitz mit Rittergut und Treben der Gemeindevorstand **Emil Gaisch in Dösig** in Pflicht genommen worden.
Meissen, am 10. September 1919.
Die Amtshauptmannschaft.

Amerikas versöhnlicher Standpunkt zur Verfassungsfrage.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Reichsregierung hat der Entente eine Protestnote gegen die polnischen Übergriffe in Oberschlesien überreicht.
- In Berlin ist eine Note der Entente betreffend Oberstauscha eingegangen, die den Willen der Entente zu einer durchaus objektiven Haltung erkennen läßt.
- In einer amtlichen Auslassung werden die Ausschüßten für die künftige Provisorierung alsünftig bezeichnet.
- Die Verleumdungsklage Freybergers gegen den ehemaligen Reichsminister Dr. Helfferich ist bei dem ausländischen Gericht abgewiesen worden.
- General Ludendorff hat eine Schrift über das Scheitern der neutralen Friedensvermittlung im Herbst 1918 herausgegeben.
- Die Franzosen beabsichtigen ihr Friedensheer um zwei Divisionen zu verkleinern.
- Die tschechische Nationalversammlung hat beschlossen, daß die tschechische Slowakei den mit Polen abzuschließenden Friedensvertrag nicht unterzeichnen werde, wenn die Tschechen keine zu ungunsten der Tschechen geistigt würde.
- Der amerikanische Senat hat sich gegen Bündnisse mit europäischen Staaten ausgesprochen.

Auch noch Loh-Streik.

Das hatte noch gefehlt, und darum ist es auch prompt gekommen: Sintermalen seitlich, daß wir in diesem Winter haben, so stand nur noch aus, die Förderung der Loh-Streikungsmittel hintanzustellen. Also zunächst einmal die des Lohs. Das deutsche Volk darf ruhig sein: es ist nicht gefährdet; im ganzen Regierungsbezirk Stade sind die Loh-Streiker in den Ausstand getreten. Grund: eine Preisfrage; sie wollen 6 Mark für den Loh haben, und der Regierungsvorstand hat einen so hohen Höchstpreis nicht bewilligt. Folglich wird eben gestreikt. Dabei nicht verzwiegen werden soll, daß der Loh-Handel den Loh mit gleicher Rücksichtslosigkeit um 100% zu verteuern weiß. In den Stroh-Preisen werden heute ungeniert vom letzten bedürftigen Loh 12 Mark für den Bagger Loh gefordert. Die Preise des Zwischenhändlers deckt sich in diesem Falle mit demjenigen des Erzeugers.

Was ist solche Nachsicht mit einer Bitterkeit, die durch die Reliquation gemildert wird, zu der wir in Sachen unvernünftiger Streiks seit der Novemberrevolution geführt worden sind. Wie denn? Das Volk hat im Winter streiken und im Sommer streiken müssen? Der Bagger Brennstoff ist notwendiger denn je? Freilich! Aber dieser Erkenntnis heraus streiken ja gerade die Loh-Streiker von Stade. Ihr werdet uns schon kommen, heißt es für mich und kommen, mit diesem beruhigenden Wort stellen sie die Erzeugung ein. Was denn weiter? Die öffentliche Notlage wird einmal wieder zur Verwertung von Sonderprivilegien für eine Gruppe ausgenutzt. Wie das gegenwärtig gang und gäbe ist.

In der Tat, welche der Allgemeinheit schädlichen Streiks haben wir denn noch nicht gehabt? Kohlen-, Gas-, Elektrizitäts-Streiks, Streiks in den Kolonialwaren, Getreide-, Verkehrsstreiks, Bankstreiks, Landarbeiterstreiks. Man hat ja schon überhaupt die Definition gemacht: Ein lebenswichtiger Betrieb ist, was durch Streik lahmgelegt wird — eine Streik nicht ganz zu verstehen, denn in minderwichtigen Betrieben werden Streiks gestreift, alle Maselang. Aber worin bei den erwähnten Streiks das besonders Verwerfliche liegt, das ist die struppellose Expression an der Öffentlichkeit. Ihr könnt ja eure Kinder nicht erziehen, ihr müßt ja unbedingt den deutschen Handel lahmlegen. Folglich braucht ihr uns — und wir sind die Stärkeren. Eine verdammt einfache Rechnung, die man sieht. Durch die wir aber endlich einmal werden zum Streik machen müssen, wollen wir nicht im Stillen unsere Augen zu tun lassen.

Wie man weiß, plant die preussische Regierung die Anwesenheit der Arbeiter in den Kohlen- und Eisenwerken und den Eisenbahnen. Eine sehr ver-

nünftige Maßnahme, von der man nur wünschen kann, daß sie möglichst bald aus dem Stadium der Erwägungen in das der Durchführung gelangen möge. Denn diese Maßnahme ist geeignet, die neben dem Streiks einhergehende Lähmung im Betriebe aus der Welt zu schaffen. Aber diese Maßnahme allein wird uns noch nicht vorwärts bringen. Neben ihr muß den Streiks selbst das Wasser abgegraben werden.

Ein Streikverbot? Man erschrickt. Aber schließlich, wenn denn eigentlich nicht? Weil es gegen die bis jetzt bestehenden Verträge ist, da muß denn doch gefragt werden, ob man denn kein Recht mehr haben soll, sich durch Tatsachen belehren zu lassen. Würden die Extremisten der Extremen, würden die russischen Volkswirtschaften aus ihren Erkenntnissen die sich aufdrängende Forderung ziehen und wir nicht? Würden sie die Streiks verbieten, und wir müssen mehr und tiefer mitantehen, wie wir immer tiefer herabgewürdigt werden? Für die lebenswichtigen städtischen Betriebe wird jetzt eine technische Nothilfe organisiert, die die Gas-, die Wasser- und die Elektrizitäts-Versorgung unbedingt sicherstellen soll. Das kommt praktisch auf ein Streikverbot für die in diesen Betrieben Beschäftigten heraus. Denn nur Streiks führen können, die von vornherein verloren sind, das heißt, praktisch kein Streikrecht haben. Da sich nun eine gleiche technische Nothilfe für die Eisenbahnen, die Bergwerke und die Landwirtschaft nicht schaffen läßt — warum für sie nicht unmittelbar herbeiführen, was man mittelbar nicht herbeiführen kann?

Die Streiks sind von jeher ein sehr primitives Mittel des Wirtschaftskampfes gewesen, denn indem sie den betroffenen Betrieb lahmlegen, schädigen sie auch die Streikenden, selbst wenn sie siegen, weil ihnen für die Zeit des Streiks der Arbeitsgewinn entging, und weil die Leistungsfähigkeit des Betriebes herabgesetzt wurde. Sie mögen notwendig gewesen sein, solange die Arbeiter keine anderen Wege hatten, berechnete Forderungen durchzusetzen. Davon kann heute doch gar keine Rede sein. Heute im Zeitalter der Kartellverträge, der Schlichtungsausschüsse, heute, wo die gesamte Zeitrechnung dahin geht, dem Arbeiter lieber drei unbefristete Forderungen zu bewilligen als eine berechnete zu verlagern — heute gehören die Streiks in die Kammern. Gerade überlegte Sozialisten haben dargelegt, daß die alte Waffe des Streiks in die neue Wirtschaftsepoche nicht mehr hineingeht. Wenn sie gleichwohl immer wieder und ohne Ermatten geschwungen wird — warum denn nicht gleich verbieten, was die Vernunft längst als schädlich erkannt hat? H. . .

Deutsche Note über Oberschlesien.

Die polnische Seite

Die Reichsregierung hat der Entente eine Note überreicht, in der es heißt:

„Mit lebhafter Sorge verfolgt die deutsche Regierung die von unverantwortlicher polnischer Seite aus Anlaß der ober-schlesischen Vorgänge gegen Deutschland seit nunmehr 14 Tagen mit unverminderter Stärke in Wort und Schrift betriebene Heße. Sowohl maßlose Artikel und Aufrufe in der Presse wie die in zahlreichen Volksversammlungen an allen größeren Orten Polens gehaltenen Reden über die Ereignisse und Verhältnisse in Oberschlesien sind geeignet, die breiten Massen des polnischen Volkes in eine gefährliche Erregung zu versetzen und sie zu Gewalttaten aufzureizen. Unverhüllt wird bewaffnetes Einschreiten, also der Krieg gefordert und zur Bildung von Freischaren aufgerufen. Die deutsche Regierung glaubt der Zustimmung der polnischen Regierung sowie der übrigen alliierten und assoziierten Regierungen sicher zu sein, wenn sie es als eine ernste Pflicht der polnischen Regierung bezeichnet, diesem Treiben entgegenzutreten und mit allen Kräften auf eine Verhütung der öffentlichen Meinung in ihrem Lande hinzuwirken. Die deutsche Regierung möchte schließlich auch diese Gelegenheit benutzen, um mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß sie in enger Verbindung mit der preussischen Regierung aus Rücksichten des allgemeinen Friedens und des öffentlichen Wohles mit Erfolg bemüht ist, in Oberschlesien die Ruhe und Ordnung und damit die Fortführung der Arbeit und Produktion zu sichern.“

Der Senat gegen Wilson.

Keine Bündnisse mit europäischen Mächten.

Bei Beratung des Friedensvertrages im amerikanischen Senat eröffnete der Senator Bolndexter als erster die Gegenoffensive auf die vom Präsidenten Wilson während seiner Reise durch den Kontinent geäußerten scharfen Kritiken. Der Senator hat Wilson zu erklären, ob er tatsächlich glaube, daß der Völkerbund zur Verhütung von Kriegen ein besseres Instrument darstelle als die Haager Konvention, die auch von Deutschland unterzeichnet wurde. Der Redner verwahrte sich dann im Namen seiner Freunde gegen den Vorwurf einer feigen Bekämpfung und bemerkte, daß durch den Völkerbund eine Oberhoheit in Europa geschaffen würde, was als verfassungswidrige Einrichtung in den Vereinigten Staaten zunächst ein Referendum nötig mache. Bolndexter fragte schließlich den Präsidenten an, das ihm geschenkte Vertrauen durch den Abschluß eines unerwünschten Bündnisses mit europäischen Mächten mißbraucht zu haben. Senator Lodge hat einen Bericht über die Vorbehalte ausgearbeitet. In dem Vorbehalt zu Artikel 10 des Antrages wurde eine unwesentliche Änderung vorgenommen. Die Republikaner rechnen noch immer mit dem Abfall zahlreicher Demokraten.

Die Internationale.

Aus der Reichskonferenz der Unabhängigen.

Die in Berlin tagende Reichskonferenz der Unabhängigen befaßte sich auch eingehend mit der Frage der sogenannten dritten Internationalen, dem Volksweltismus. Der Referent Silberding erklärte dazu, bei der Frage des Anschlusses an die Moskauer Internationale muß damit gerechnet werden, daß wir eventuell unleren Rachen an ein sinkendes Schiff hängen. Denn der russische Volksweltismus ist die dritte Internationale. Würde die dritte Internationale aber zu einer größeren Wirksamkeit kommen, so würde das die Kapitalisation der Partei vor den Kommunisten bedeuten. Denn diese würden alles daransetzen, der Partei ihr Programm auszudrängen. Die Abgewehrung des bolschewistischen Programms würde dahin führen, daß wir auch für die bolschewistischen Methoden in Anspruch genommen werden. In Deutschland haben wir aber mit ganz anderen Voraussetzungen zu rechnen und müssen ganz andere Wege einschlagen. Wir wollen uns vor allem nicht auf den Terrorismus verpflichten,

nie er von Lenin immer wieder als Notwendigkeit der Entwicklung hingestellt wird. Bürgerkrieg bedeutet Aufheben der Produktion, bedeutet einen ganz rohen Verleumdungssozialismus, bedeutet damit schließlich die Unmöglichkeit der Sozialisierung. Der Korreferent Stöcker bedauert die überstürzte Gründung der dritten Internationalen und sagt weiter: Aber diese Internationale ist jetzt da. Und nicht nur Moskau entscheidet in ihr. Das Programm von Moskau verlangt auch keine rein bolschewistische Taktik. Die angeklagten Parteien werden durchaus nicht auf den Antiparlamentarismus verpflichtet. Bürgerkrieg ist schließlich jede Revolution.

Den Bürgerkrieg ausländischen, ist ganz unrevolutionär.

In der Anordnung der Gewalt bei Durchführung der Diktatur ist natürlich das Maß von Bedeutung. Bloß mit schönen Worten wird man eine Diktatur wirklich nicht ausüben können, gewisse Methoden der Gewalt werden angewandt werden müssen, schon weil die Gegenrevolution alle Mittel veruchen wird, um die Diktatur zu brechen. Natürlich wird eine Diktatur nicht auf die Dauer aufrechterhalten werden können, wenn sich nicht die Mehrheit der Arbeiter auf ihren Boden zu stellen vermag.

Die Arbeitszeit im Bergbau.

Internationale Sechsstundensicht.

Von der im Ausschuss zur Erörterung der Frage der Arbeitszeit im Bergbau des Ruhrgebietes gestellten Anträgen haben die folgenden die Zustimmung des Reichsministers gefunden:

1. Die Reichsregierung wird von dem Ausschuss gebeten, an die anderen Mächte mit dem Vorschlag heran-